

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Mikyew.
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 10. Dezember 1918. Nr. 462.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im 5. Bezirke Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte J bis L der Kartoffelkarte.

Der Vandalismus in den requirierten Schulgebäuden. In der heutigen Stadtratsitzung beantragt StR. Vaugoin die Uebernahme der von der Heeresverwaltung in dem rückgestellten städtischen Schulgebäude 13. Bezirk Märzstrasse 178 eingerichteten Bade-, Küchen- und Spülanlagen um K 4400.- (Angenommen) -
StR. Emmerling bespricht bei dieser Gelegenheit den Vandalismus, der von der Mannschaft in vielen Schulen geübt wurde. -
StR. Schneider gibt bekannt, dass vor ungefähr 4 Wochen die zionistische Volkswehr sich des städtischen Schulgebäudes 20. Bezirk Treustrasse bemächtigt habe. Die Räumlichkeiten werden in nicht zu schildernder Weise verunreinigt und beschädigt. Die Mannschaften seien bisher nicht zu bewegen gewesen, das Gebäude zu räumen.

In dieser Angelegenheit findet heute eine Kommission statt.

Der Stadtrat sprach die Erwartung aus, dass das Staatsamt für Heerwesen einschreiten werde.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 10. Dezember 1918. Nr. 463.

Brotpreisvergütung. Der Stadtrat bewilligte nach einem Antrage des StR. Dr. Haas anlässlich der Erhöhung des Brotpreises einen Zuschusskredit von 284.000 Kronen. Den in der ganzen oder teilweisen Ausspeisung stehenden Pflöglingen des Bürgerversorgungshauses, die bisher das Brot von ihrem Handgeld selbst zahlen mussten, ist in Zukunft das Brot auf Kosten des Bürgerspitalfondes beizustellen; den an der Naturalausspeisung nicht teilnehmenden Pflöglingen dieses Hauses wird das Handgeld auf K 1.40 erhöht. - StR. Müller erklärt es für notwendig, mit den im Verbands Oesterreichs gestandenen Staaten, insbesondere mit dem tschecho-slowakischen, wegen der Armenversorgung dieser jetzt ausländischer Staatsbürger das Einvernehmen zu pflegen. Da die Versorgungshäuser gegenwärtig überfüllt sind, sollte daran gegangen werden, die nächst dem Versorgungs-Heim befindlichen Baracken belegen zu lassen. - StR. Richter behält sich vor, die Frage wegen Besserstellung der in Armenpflege befindlichen Personen im Gemeinderate zu besprechen. - Die StRe. Hötzel, Dechant, Schwer und Angermayer weisen darauf hin, dass die Kosten für Altersversorgung der armen Bürger aus eigenen Fonds gedeckt werden. - VB. Hoss bemerkt, dass die nunmehr ausländischen Armen in Wien ebenso behandelt werden, wie die einheimischen, wenn die Reziprozität gesichert ist.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

Eine Kundgebung gegen die Wahlkreiseinteilung. In der gestern abgehaltenen Sitzung des Verbandes der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte besprach der Vorsitzende StR. Dr. Hain die Einteilung der Wiener Wahlkreise in der vom Staatsrate vorgelegten Wahlordnung und wies darauf hin, dass durch diese Wahlkreiseinteilung eine schwere Schädigung des Bürgertums überhaupt und des freiheitlichen Bürgertums insbesondere herbeigeführt werde. Wir sind, führte der Vorsitzende aus, für das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht für Männer und Frauen eingetreten, damit endlich das bisher an den industriellen Arbeitern begangene Wahlrecht beseitigt werde. Ebenso müssen wir aber auch gegen das in der vorgeschlagenen Wahlkreiseinteilung von sozialdemokratischer Seite an dem Bürgertum begangene Wahlrecht Einsprache erheben. Durch die vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung würden erhebliche bürgerliche Minoritäten ganz unberücksichtigt bleiben. Das Richtige wäre, für ganz Wien einen einzigen Wahlkreis zu schaffen. Keinesfalls dürfen, wie dies in der vorgeschlagenen Wahlkreiseinteilung geschieht, Bezirke mit ganz ungleichartiger Struktur willkürlich zusammengeworfen werden, wie dies insbesondere bei Zusammenziehung des 2., 20. und 21. Bezirkes der Fall ist, durch welche die bürgerlichen Wähler des 2. Bezirkes wahrscheinlich ihrer Vertretung beraubt werden. Der Verband schloss sich einmütig diesen Ausführungen an.

Demokratischer Parteiverband des Wiener Gemeinderates. Der Verband der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte beschloss gestern im Anschlusse an die Konstituierung der demokratischen Partei seinen Namen in „Demokratischer Parteiverband des Wiener Gemeinderates“ abzuändern. Weiters wurden die Gegenstände der Tagesordnung der morgigen Gemeinderatsitzung durchberaten und die Kandidaten für den den Wahlreform-, Heimatsrechts-, Bauordnungs- und Wohnungsfürsorgeausschuss aufgestellt. Mit Bezug auf eine in einer Mittagszeitung enthaltene Notiz, in welcher die fortschrittlichen Gemeinderäte aufgefordert werden, ihre Mandate niederzulegen, wurde einmütig festgestellt, dass diese Kundgebung nur von einer kleinen Gruppe von Wählern ausgehe, während die für den Verband massgebenden Korporationen der Kundgebung vollständig ferne stehen. Uebrigens werden ja ohnedies in kurzer Zeit Neuwahlen stattfinden, so dass eine Mandatsniederlegung im gegenwärtigen Augenblicke keineswegs den Parteinteressen entsprechen würde.